



## **Jahresbericht China 2013**

Zum 1. Januar 2013 trat in China eine neue Strafprozessordnung in Kraft, die es verbietet, unter Folter erpresste Geständnisse vor Gericht zu verwerten. Dieses Gesetz wird jedoch in der Praxis häufig ignoriert. Rechtsanwälte, die vor Gericht geltend machen, dass ihre Mandanten gefoltert worden sind, müssen mit Repressalien rechnen.

Im April 2013 verlangte der Rechtsanwalt Wang Quangzhang, dass im Prozess gegen einen Falun Gong-Anhänger dessen Geständnis außer Betracht bleibt, da es unter der Folter abgelegt worden sei. Das Gericht wies diesen Antrag zurück und ordnete die Verhaftung von Wang Quangzhang an: mit der Begründung, er habe die „ordnungsgemäße Durchführung des Prozesses gestört“.

Am 15. November 2013 gab die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua die Abschaffung des – 1957 eingeführten – Systems der „Umerziehung durch Arbeit“ bekannt. In den „Umerziehungs“-Lagern konnten Personen, die von der Polizei dorthin eingewiesen wurden, bis zu 4 Jahren ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2009 waren 190.000 Personen hiervon betroffen. In den Lagern wurden Folter und Misshandlung als „Umerziehungs“-Maßnahmen eingesetzt, damit Gefangene ihren politischen oder religiösen Überzeugungen abschwören. Ehemalige Häftlinge berichteten Amnesty International von Schlägen ins Gesicht, simuliertem Ertränken, der zwangsweisen Verabreichung von Drogen und Nahrungsentzug.

Amnesty International begrüßt die offizielle Abschaffung des Systems der „Umerziehung durch Arbeit“ als Schritt in die richtige Richtung, befürchtet jedoch, dass die Reform in der Praxis zu keinen substantiellen Verbesserungen führen wird. Die chinesischen Behörden richten vermehrt sogenannte „Legale

Erziehungsklassen“ ein, in denen vor allem Falun Gong-Anhänger festgehalten und häufig misshandelt werden. Eine Reihe ehemaliger „Umerziehung durch Arbeit“-Lager sind in vermeintliche Rehabilitationszentren für Drogenabhängige umgewandelt worden und fungieren tatsächlich weiterhin als Arbeitslager. Zudem gibt es geheime Hafteinrichtungen, z.B. in Hotels und verlassenen Häusern.

In Tibet ging die chinesische Polizei mit exzessiver Gewalt gegen Demonstranten vor. Berichten zufolge wurden am 29. Oktober 2013 in der Stadt Diriu mehr als 60 Personen bei der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration von der Polizei verletzt.